

Von: [Scharfenberg Elisabeth MdB](#)
An: antwort@rentenpolitikwatch.de
Thema: Ihre Position zu drängenden Fragen der Rentenpolitik
Datum: Dienstag, 1. November 2016 09:52:01

Sehr geehrte Damen und Herren,
anbei senden wir Ihnen die Antworten von Frau Scharfenberg MdB auf Ihre Fragen zur Rentenpolitik.
Mit freundlichen Grüßen
Sabine Bichler

-
-

Frage 1: [Lebensstandard im Alter sichern](#): Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Teilweise. Die Alterssicherung muss halten, was das Wort verspricht – sie muss das Alter zuverlässig absichern. Wer langjährig in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert war, darf nicht im Alter von Armut bedroht sein und Sozialhilfe beantragen müssen, egal, ob es sich um ein kleines, ein mittleres und ein höheres Einkommen handelt. Die Versicherten müssen in der Lage sein, ihren Lebensstandard jenseits der Armutschwelle zu sichern. Nur wenn sich die eigenen Beiträge lohnen, wird der gesetzlichen Sozialversicherung langfristig das Vertrauen geschenkt werden. Wir Grünen wollen dieses Vertrauen stärken. Aus diesem Grund hat sich die Rentenkommission der Grünen mit dem Thema Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente auseinandergesetzt. Unser Konzept geht dabei von einer starken gesetzlichen Rentenversicherung aus und einer Garantierente. Mehr zum Thema im Abschlussbericht der Grünen Rentenkommission:

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/GRUENE_Abschlussbericht_Rentenkommission.pdf

Auf dem Parteitag der Grünen Anfang November werden wir hierzu einen Beschluss fassen. In seinem Leitartikel fordert der Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen, dass das heutige Rentenniveau nicht weiter fallen darf: https://bdk.antragsgruen.de/40/Wir_investieren_in_Gerechtigkeit-38726

Frage 2: **[Altersarmut verhindern](#):** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

JA. Die Grünen setzen sich seit langem für die Einführung einer steuerfinanzierten Garantierente ein, um Altersarmut zu verhindern. Die Garantierente soll langjährig Versicherten eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus garantieren. Mehr hierzu in unserem Antrag „Altersarmut bekämpfen – Mit der Garantierente“: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/134/1713493.pdf>

Frage 3: **[Erwerbstätigenversicherung](#):** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

JA. Wir setzen uns für eine Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflege-, sowie der Rentenversicherung ein, in die alle Bürgerinnen und Bürger und alle Einkunftsarten einbezogen werden. Durch eine Ausweitung des versicherungs- und beitragspflichtigen Personenkreises sind alle gut abgesichert und können je nach Einkommen an der Finanzierung beteiligt werden.

Frage 4: **[Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken](#):** Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzstärkung der gRV umgeleitet werden?

Teilweise. In den nächsten Jahren kommt die geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter. Zugleich könnte ein zunehmend fragmentierter Arbeitsmarkt dazu führen, die Beitragseinnahmen mittelfristig zu verringern. Um die Einnahmesituation der Rentenkasse nachhaltig zu verbessern sieht die Rentenkommission der Grünen Partei daher verschiedene Maßnahmen vor. So muss sich z.B. der Bund stärker als bisher an den so genannten versicherungsfremden Leistungen der Rentenkasse beteiligen. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe wie die Mütterrente z.B. sollte aus unserer Sicht nicht einseitig zulasten der gesetzlichen Rentenversicherung gehen. Bei den Förderbeiträgen der Rentenversicherung sehen mehrere Anträge von Partei und Fraktion vor, zu jeder Zeit freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Säule zu entrichten, die dann entsprechend zur Riester-Förderung gefördert werden.

Frage 5: **[Rentenpolitische Fehler korrigieren](#):** Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge),

doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- zu West-Renten?

Teilweise. Die Riester-Rente muss grundlegend reformiert werden, denn gerade für diejenigen, die zusätzlich private Altersvorsorge nötig hätten, aber oft nicht das Geld haben noch etwas für die private Altersvorsorge abzweigen, hat die Riester-Rente nichts bewirkt. Daher setzen wir Grüne uns für einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt ein, das öffentlich verwaltet wird und das bestehenden Vorsorgeangebote ergänzt. Bei der Frage der nachträglichen Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung befinden uns derzeit in einem fraktionsinternen Abstimmungsprozess. Bei den Erwerbsminderungsrenten sehen wir deutlichen Nachbesserungsbedarf und fordern die Abschaffung der Abschläge, sofern der Zugang zur EM-Rente aus rein medizinischen Gründen erfolgte. Die Zwangsverrentung lehnen wir ab. Im Übrigen sind die einzige Fraktion im Bundestag, die sofort eine komplette Vereinheitlichung zwischen Ost und West fordert.

Sabine Bichler – Büroleiterin

Abgeordnetenbüro Elisabeth Scharfenberg
Sprecherin für Altenpolitik und Pflege
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Tel: 030/227 -74531

Fax: 030/227-76655

E-Mail: elisabeth.scharfenberg@bundestag.de

Web: www.elisabeth-scharfenberg.de

Postanschrift:
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Von: kontakt@rentenpolitikwatch.de [<mailto:kontakt@rentenpolitikwatch.de>]

Gesendet: Mittwoch, 5. Oktober 2016 22:27

An: Andreae Kerstin

Betreff: Ihre Position zu drängenden Fragen der Rentenpolitik

<ATT60742 1.jpg> Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Betrifft: Ihre Position zu drängenden Fragen zur Rentenpolitik

im April dieses Jahres hatte rentenpolitikwatch.de alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages angeschrieben. Auch Ihre persönliche Stellungnahme zu den fünf Fragen wäre uns wichtig gewesen. Denn wir erwarten von unseren gewählten Abgeordneten, dass sie innerhalb ihrer Parteien und Fraktionen aktiv an der Willensbildung teilnehmen. Das ist ihr grundgesetzlicher Auftrag. Der Verweis auf ein künftiges Partei- oder Wahlprogramm, bzw. die pauschale Beantwortung ihrer Fraktionsführung in ihrem Namen, lässt leider keine Schlüsse darauf zu, wie Sie sich in entsprechenden Debatten und Abstimmungen verhalten werden.

Aber für immer mehr Wähler ist es entscheidend, die Positionen der Politiker zu kennen, denen sie ihre Stimme geben wollen.

Rund 90% der Bevölkerung sind von den rentenpolitischen Entscheidungen abhängig. 90% der auch in ihrem Wahlkreis bzw. Bundesland lebenden Menschen. Es handelt sich also keineswegs um ein Randproblem und dementsprechend erwarten wir auch von jeder/jedem Abgeordneten dass sie/er Stellung bezieht. Mit den Fünf Fragen beabsichtigen wir über die wichtigsten Felder der zukünftigen Rentenpolitik eine Transparenz zu ermöglichen. Natürlich gehen die Fragen in eine bestimmte Reform-Richtung. Eine Reform der gesetzlichen Rente ist dringend geboten. Das Ziel muss sein, dass jeder mit der gesetzlichen Rente im Alter ein Leben in Würde führen kann. Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen